

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

Information

zur Tagung des Landesvorstandes am 17.06.2023 in Anklam

Aktuelles

Peter Ritter informiert über die Beschlüsse des Parteivorstandes und den Bestrebungen zur Gründung einer konkurrierenden Partei. Solche Aktivitäten sind inakzeptabel.

Er schlägt vor, dass der Landesvorstand sich klar von solchen Aktivitäten distanziert ohne Personaldebatten zu führen. Es sollte um die inhaltliche Notwendigkeit des Wirkens der LINKEN gehen. Der Beschluss des Parteivorstandes zum Comeback der LINKEN ist dafür eine gute Grundlage. Der vorliegende Beschlussvorschlag „DIE LINKE wird dringend gebraucht!“ wird mit leichten Änderungen einstimmig beschlossen.

Das Thema soll auch in die Beratungen mit den Mitarbeitenden und den Kreisvorsitzenden einfließen.

Informationen aus den Ministerien

Simone Oldenburg und Tom Scheidung informieren über aktuelle Aktivitäten aus dem Bereich des Bildungsministeriums, u.a. zur 4. Novelle des KIFöG; nötige Änderungen im Lehrerbildungsgesetz, bei dem allerdings das Sozialministerium die Federführung inne hat; die Kostensatzberechnung für Schulen in freier Trägerschaft; die Änderung des Fortbildungserlass ; Neueinstellungen von Lehrkräften bzw. die Aktivitäten zu Findung neuer Kolleg:innen; die Notwendigkeit von Mathematikprüfungen beim Abitur sowie Schwimmausbildung.

Sandro Smolka berichtet über die Aktivitäten im Bereich des Justizministeriums, u.a. zur Antidiskriminierungsstelle; den Gleichstellungswerkstätten und der Reform Justiz 2030.

AG Definition Vertrauensgruppe/Awareness-Teams - Umgang mit Sexismus

Aus dem Landesverband Sachsen berichtet Uta Gensichen, vormals Vertrauensperson, aus ihrer Arbeit und von den Erfahrungen der Landespartei im Umgang mit Sexismus.

Der Landesparteitag hatte noch vor der linkemeto-Debatte eine Richtlinie zum Umgang mit Sexismus in der Partei beschlossen. Darin war auch die ehrenamtliche Stelle der Vertrauensperson(en) definiert. Als Fazit stellt Uta fest, dass es mindestens zwei Vertrauenspersonen braucht, die separat für Betroffene ansprechbar sind. Eine Vertrauensperson kann nur eine erste Anlaufstelle sein; keine Ombudsstelle! Vertrauenspersonen sind keine Richter:innen! Sie leisten Opferarbeit, keine Täterarbeit. Hilfe kann und soll durch sie vermittelt werden.

Wichtig sind Zuhören, Ernst nehmen, Glauben schenken. Andererseits muss es eine möglichst klare Rollenverteilung zwischen Vertrauensperson(en) und z.B. Landesvorsitzenden, Vorständen oder Vorgesetzten geben. Parteiausschlüsse, Kündigungen oder andere Sanktionen sind nicht Aufgaben der Vertrauensperson(en), sondern der zuständigen Gremien.

Fortbildungen oder Informationsveranstaltungen können durch Vertrauenspersonen angeschoben werden.

Hilfreich für die Arbeit sind ein Gesprächsleitfaden als auch ein Handlungsleitfaden. Die Vereinbarkeit mit dem eigentlichen Job gestaltet sich in ihrem eigenen Wirken teilweise als schwierig.

Förderlich ist auch die Inanspruchnahme externer Beratung/Supervision für die Arbeit der Vertrauensperson(en). Ein festes Budget u.a. für Weiterbildung und Supervision ist erforderlich.

Ein Kooperationsystem mit externen Berater:innen, Vereinen in diesem Bereich, Juristen usw. sollte angestrebt werden.

Weiterführender Link:

<https://www.dielinke-sachsen.de/2021/05/vertrauensperson-bei-sexualisierter-belaestigung-und-diskriminierung/>

Umgang mit Beschlüssen des Landesparteitages

Auf Basis der Beschlussvorlage wird über den weiteren Umgang mit den Beschlüssen des Landesparteitages in Bergen gesprochen.

Bzgl. des Antrags zur Situation der Studierenden wird Vanessa Müller mit MdL Christian Albrecht als Sprecher für Hochschulpolitik das Gespräch suchen.

Die bereits erfolgte Initiative der Landesregierung im Bundesrat zum Thema LNG-Terminal vor Rügen, beinhaltet die Forderungen des Landesparteitagsbeschlusses. Leider stimmte kein anderes Bundesland für diese Initiative.

Bzgl. des Umgangs mit dem Antrag der LAG Ökologische Plattform, soll ein Treffen der Landesvorstandsmitglieder Hennis Herbst, Felix Baumert und Horst Krumpen mit Mitgliedern der LAG stattfinden und im Nachgang ein Vorschlag an den Landesvorstand unterbreitet werden. Die Sprecherin der LAG ist zu betreffenden LV-Sitzung einzuladen.

Der Beschlussvorlage wird [einstimmig] zugestimmt.

Fachtag Migration

Peter Ritter erläutert die Vorlage zum Fachtag Migration. Vor dem Hintergrund der Verschärfung des Asylrechts auf europäischer Ebene ist das Thema Asyl und Migration brandaktuell. DIE LINKE sollte sich im Ergebnis eine Position erarbeiten. Die bereits 2017 vorgelegte Konzeption für ein LINKES Flüchtlings- und Einwanderungsgesetz kann dabei eine Diskussionsgrundlage sein.

Auf dem Fachtag sollte ein Positionspapier diskutiert und verabschiedet werden, welches auch für die Argumentation im kommenden Europa- und Kommunalwahlkampf hilfreich sein kann.

Die Vorlage wird [einstimmig] befürwortet.

Besuch von Martin Schirdewan am 21.7.2023 in M-V

Björn Griese informiert, dass der Parteivorsitzende im Rahmen einer Sommertour am 21. Juli nach M-V kommen möchte, möglichst in den Kreis Vorpommern-Rügen, ggf. zum Thema LNG. Dieser Termin könnte der Auftakt für die diesjährige Landpartie der Landtagsfraktion sein, welche ebenfalls in Vorpommern-Rügen stattfindet.

Kevin Zenker schlägt vor, die Küstenfischerei zu thematisieren. In Mönchgut auf Rügen könnte in diesem Zusammenhang ein StartUp-Unternehmen (Reparatur Boote, Netze) besucht werden. Des Weiteren könnte die Geflüchteten-Unterkunft in Bergen besucht werden. Als erster Termin wäre ein Besuch bei der Werft in Stralsund denkbar - zur zivilen Nachnutzung des Geländes. Diese Themen lassen sich gut mit Europa- und Bundespolitik verbinden.

Das Thema LNG könnte bis dahin bereits nicht mehr aktuell (da auf Bundesebene entschieden) sein.

Neumitgliederkampagne

Felix Baumert berichtet zum aktuellen Stand der Neumitgliederkampagne. In Vorbereitung und kurz vor der Fertigstellung befinden sich die Kampagnen-Homepage sowie der Kampagnen-Flyer. Zwei Veranstaltungen im Kreisverband LUP sind aktuell in Planung.

Die meisten geplanten Veranstaltungen haben eher kulturellen Charakter. In Neubrandenburg wird dagegen ein Fußball-Turnier vorbereitet.

Das Festival in der Nähe von Schwaan wird in der Zeit vom 15. - 17. September durchgeführt. Die Landesschatzmeisterin bittet darum, den Finanzplan hierfür regelmäßig zu aktualisieren.

Alle drei Finanzanträge im Rahmen der Neumitgliederkampagne werden [einstimmig] beschlossen.

Zudem soll am 1. Juli die Umverteilen-Kampagne der Bundespartei in Frankfurt am Main starten.

Materialien sollen durch die Regionalmitarbeiter:innen bestellt werden.

Am 8./9. Juli soll der dezentrale Start dieser Kampagne erfolgen. Die Vorstandsmitglieder verständigen sich darauf, dass dies mit der Landesvorstandssitzung am 8. Juli in Schwerin verbunden werden soll.

Zur strategischen Ausrichtung der Landespartei

Die auf der Vorstandssitzung in Rostock angestoßene Debatte soll fortgesetzt werden.

Horst Krumpen erinnert an die unterschiedlichen Rollen von Landtagsfraktion und Landespartei in Zeiten von Opposition und Regierungsverantwortung.

Kevin Zenker hinterfragt, welche Rolle/welche Kompetenz der Landesvorstand gegenüber der Landtagsfraktion oder unseren Ministerinnen hat.

Peter Ritter mahnt, stets über Inhalte miteinander zu reden und gemeinsam Lösungen zu finden.

Jeannine Rösler erinnert, dass die Abstimmung mit dem Koalitionspartner auch eine stete Herausforderung darstellt. Grundlage ist der Koalitionsvertrag, der eben auch schon ein Kompromiss aus den Forderungen beider Parteien ist. Für weiteren Informationsaustausch steht sie gern zur Verfügung. Es ist die Kunst, unsere Anteile/Erfolge sichtbar zu machen.

Peter Ritter ergänzt zum Bürgergeld, dass der Begleitausschuss arbeitet; der Armutsbericht vereinbart und zugesagt ist.

Sonstiges

Hennis Herbst befürchtet, dass Bürgerentscheide von Rechts gegen Flüchtlinge, wie jüngst in Greifswald, sich andernorts fortsetzen könnten. Zudem mahnt er eine Positionierung der Partei zum GEW-Vorschlag zum Tarifvertrag für die Unis im Land an.

Horst Krumpen regt an, sich demnächst als Landesvorstand zu den angedachten Änderungen zur Kommunalverfassung eine Meinung zu bilden.

Die nächste Sitzung des Landesvorstandes findet am 8. Juli in Schwerin statt.